



Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren  
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police  
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM  
Sachbereich Recht  
Herr Alexandre Diener  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

Bern, 21. August 2019

08.02.01 cst

#### **Stellungnahme zur Verordnungsänderung zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember 2018 des Ausländer- und Integrationsgesetzes (AIG)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrter Herr Diener  
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) dankt Ihnen für die Gelegenheit zu den Verordnungsänderungen zur Umsetzung der Änderung vom 14. Dezember des Ausländer- und Integrationsgesetzes Stellung nehmen zu können.

Grundsätzlich begrüssen wir die Anpassungen der Verordnungen und sind mit den Änderungsvorschlägen einverstanden. Die neue Regelung zur Befristung der Entschädigungspflicht einer Entsendung von mehr als zwölf Monaten begrüssen wir ausdrücklich. Diese entspricht dem Anliegen nach einer einfachen, klaren und vollzugstauglichen Umsetzung der Befristung der Dauer der Entschädigungspflicht.

Die mit "eRetour" einhergehende Verbesserung der Koordination und der Transparenz begrüssen wir ebenfalls. Entgegen den Ausführungen im erläuternden Bericht sind wir jedoch der Ansicht, dass der Aufwand für die Datenerfassung, der zu einem grossen Teil durch die kantonalen Migrationsbehörden zu leisten sein wird, zu einem Mehraufwand bei den Kantonen und einem entsprechend erhöhten personellen Ressourcenbedarf führen wird.

Im Rahmen der vorgesehenen Aufhebung des bisherigen Systems ISR ist es unabdingbar, dass die Angehörigen kantonalen sowie allenfalls grösserer regionaler und städtischer/kommunaler Polizeikorps einen zweckmässigen Zugriff auf ZEMIS erhalten. Die Vielzahl von Abfragen der Polizeibehörden, die bisher über ISR erfolgten, müssen künftig einfach und rasch über ZEMIS möglich sein. Andernfalls können wir die beabsichtigte Ablösung des ISR nicht unterstützen.

Bei der Erteilung von Ausnahmegewilligungen zur Einreise in einen Staat, für den ein Reiseverbot verfügt wurde, sprechen wir uns für eine sehr restriktive Praxis aus. Zudem kann es nicht Sache der kantonalen Migrationsämter sein, hierzu generell eine Sachverhalts- und Plausibilitätsprüfung vorzunehmen. Entscheidungsträgerin ist das SEM, das bei diesen Ausnahmegewilligungen für eine einheitliche Praxis in allen Kantonen zu sorgen hat.

Im Weiteren verweisen wir auf die Stellungnahme der Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden (VKM), der wir uns anschliessen.

Wir danken Ihnen für die wohlwollende Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen für weitergehende Auskünfte gerne zur Verfügung.

  
Freundliche Grüsse  
Roger Schneeberger  
Generalsekretär

Kopien

- ▶ Mitglieder KKJPD
- ▶ Vereinigung der Kantonalen Migrationsbehörden
- ▶ Konferenz der Kantonalen Polizeikommandanten